



◆ Die Bundesregierung will die Arbeitszeit zu Lasten der Beschäftigten flexibilisieren. Die IG Metall sagt: Acht Stunden sind genug. Seite 2



◆ Die Zahl der Ausbildungsplätze sinkt, Lippe liegt hinten. Die IG Metall fordert von den Arbeitgebern ein Umdenken. Seite 4



nachdruck

WIR FÜR NRW. WIR FÜR LIPPE.



Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie

Nr.71 | Sommer 2026

Reformen bedeuten weniger

Die Gesundheitsreform und der Gesetzentwurf zur Pflege zeigen: der Sozialstaat wird weiter ausgehöhlt. Angeblich sind es Sachzwänge. Doch die Reformen machen Menschen ärmer.

Die Gesundheit zu erhalten, soll nach dem Willen der Bundesregierung teurer werden, die Pflege soll auch mehr kosten. In beiden Fällen lautet die Begründung: Alles zu teuer, es wird immer teurer, kein Geld ist mehr da. Dabei gäbe es durchaus Spielraum, wenn die Gesundheitsversorgung und Pflege in der Bundesregierung eine höhere Priorität hätten.

Die stationäre Pflege in einem Heim ist heute schon unendlich teuer, der Eigenanteil beträgt inzwischen über 3.000 Euro im Monat. Da gehen dann alle Ersparnisse drauf und am Ende müssen die klammen Kommunen Millionenbeträge aufbringen. In manchen Seniorenresidenzen zahlen inzwischen die Kommunen 80 Prozent der Plätze. Die Finanzierung der Pflege müsse mit Steuermitteln des Bundes unterstützt werden, fordert der Deutsche Städtetag. »Ältere Menschen dem Sozialamt zu überlassen, ist respektlos«, betont Burkhard Jung in seiner Funktion als Präsident des Städtetags.

Deswegen fordert etwa der Deutsche Pflegerat, dass sich Bund und Länder dort engagieren sollen. Die denken aber gar nicht daran. Sie deckeln insgesamt ihre Kosten und wollen, dass die Versicherten noch mehr zahlen. »Am Ende wird gar nicht gespart, es zahlt nur ein anderer – die Versicherten oder die Kommunen«, betont Daniel Salewski, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Detmold. In der Pflegeversicherung wird die Deckungslücke immer größer, zumal die Zahl der älteren Menschen langsam, aber stetig steigt und damit die Zahl derjenigen, die Pflegeleistungen benötigen. Sparen lautet nun die stumpfe Devise. Die Gesundheitsministerin Nina

Warken will keinen Betrag mehr in Pflegestufe 1 zahlen, in den Pflegegraden 2 und 3 soll das Budget halbiert werden. Bei stationärer Pflege soll der höchste Zuschlag nicht mehr wie bisher nach drei, sondern erst nach vier-einhalb Jahren erreicht werden. »Was an Geld fehlt, soll bei den Menschen, die Unterstützung brauchen weggenommen werden«, sagt Daniel Salewski, »damit sind wir überhaupt nicht einverstanden«.

Auch für pflegende Angehörige soll es Verschlechterungen geben. Wer pflegt, wird bestraft. »Statt die Ausgaben zu kürzen und für noch mehr Armut zu sorgen, müssen wir über die Einnahmeseite sprechen«, ergänzt Daniel Salewski. So könnte es als Zwischenschritt einen Finanzausgleich zwischen gut ausgestatteten privaten Pflegeversicherungen und der gesetzlichen geben. Das Ziel der IG Metall

lautet: eine solidarische Pflegevollversicherung, die bedarfsgerecht alle pflegebedingten Kosten übernimmt. Ein aktuelles Gutachten zeigt sehr wohl auf: auch langfristig ist das im Rahmen der Sozialversicherung finanzierbar, ohne den Beitragssatz wesentlich erhöhen zu müssen. Dies gelingt, wenn die Pflegeversicherung gleichzeitig zu einer Bürgerversicherung weiterentwickelt wird, in die alle einzahlen und in der alle Einkommensarten beitragspflichtig sind.

Die Gesundheitsreform ist schon ein Schritt weiter. Keine Debatte mehr, sondern ein Gesetz welches die Bundesregierung bereits Ende April 2026 vorgelegt hat und welches ab 2027 gelten soll. Es muss allerdings noch im Bundestag eine Mehrheit finden. Ab dem kommenden Jahr sollen 20 Milliarden Euro gespart werden, eine gigantische Summe. Auch hier lautet das Motto: Mehr zuzahlen und geringere Zuschüsse. Besonders die Kosten für Krankenhäuser und Arzneimittel steigen. Seit 2012 hat die Pharmabranche in Deutschland ihren Umsatz verdoppelt, deutlich über der Inflationsrate, und fährt dicke Gewinne ein. Trotzdem lobbyiert die Branche kräftig und droht damit, Investitionen zu stoppen, falls sie wie geplant auch von der Gesundheitsreform betroffen sein sollte. Die Hauptlast würden aber sowieso die Beitragszahler stemmen müssen: höhere Zuzahlungen bei Medikamenten, Absenkung des Krankengeldes, Ehepartner sollen nicht mehr kostenfrei mitversichert werden und mehr. »Reformen können nicht bedeuten, die Kosten für die Kolleginnen und Kollegen nach oben zu treiben«, sagt Daniel Salewski. Die IG Metall positioniert sich deutlich (siehe Kasten).

Wenn gespart werden muss ...

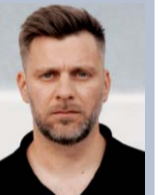
Wenn gespart werden muss, was gar nicht eindeutig ist, weil auch die Einnahmeseite durch eine Bürgerversicherung gestärkt werden könnte, dann schlägt die IG Metall vor ...

- ➔ Anhebung des Herstellerabschlags von 7 auf 17 Prozent für patentgeschützte Arzneimittel (betrifft Pharmabranche, Ersparnis rund 3 Milliarden Euro im Jahr)
- ➔ Angleichung der Arzneimittelpreise an das internationale Niveau (ca. 4,7 Milliarden Euro Ersparnis im Jahr)
- ➔ Senkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel (6 bis 7 Milliarden Euro)

» vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Sommer ist da! Vieles wird eine Spur leichter. Doch bekanntlich ist dieser kurz und danach beginnt ein möglicherweise heißer Herbst: Die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie startet. In Zeiten wieder anziehender Inflation und wirtschaftlichem Stillstand eine besondere Herausforderung.



Und die Bundesregierung schraubt weiter an Kürzungen im Sozialen. Die werden, sollten die Proteste unwirksam bleiben, das Leben ab 2027 teurer machen. Die meisten Verteuerungen im Gesundheits- und Pflegebereich sind einkommensunabhängig und treffen mal wieder vor allem diejenigen, die jeden Euro umdrehen müssen.

Die lippische Kunststoffindustrie hat weiter zu kämpfen. Seit Jahren bekommt sie die volle Breitseite, weil wichtige Branchen wie die Automobilindustrie schwächeln. Und seit Jahren erzählt die Bundesregierung davon, der Industrie unter die Arme greifen zu wollen. Praktisch passiert aber wenig bis nichts. So hat Bundeswirtschaftsministerin Katharina Reiche mehrfach einen Industriestrompreis angekündigt, nun soll er 2027 kommen und rückwirkend für 2026 gelten, energieintensive Unternehmen können dann eine Erstattung beantragen. Falls es überhaupt so kommt, ist es reichlich spät.

Der Eindruck, alles dauert ewig, passt so gar nicht zu den Antrittsankündigungen der Bundesregierung, Tempo machen zu wollen. An zu viel Bürokratie liegt es jedenfalls nicht, eher mangelt es an politischem Willen. Einzig beim Sozialabbau ist die Regierung schnell unterwegs. Das sind wenig gute Aussichten.

Nikolaus Böttcher, IG Metall Detmold

fett-ecke

Über Gewinne

Schon das Wort ist merkwürdig: Übergewinne. Was soll das sein? Ab wann werden aus schnöden Gewinnen Übergewinne, wo doch die Wirtschaft immer nach maximalem Profit strebt? Warum sollten Energiekonzerne nicht das raus holen, was für sie drin ist? Die Antworten sind gar nicht so einfach. Da wird dann gesagt, der Markt wird das regeln. Oder aber: Konkurrenz belebt das Geschäft. Dumm nur, wenn eine gesamte Branche, in diesem Fall die Öl-Konzerne seit Jahrzehnten im Verdacht steht, die Preise auf die eine oder andere Weise abzusprechen.

Vielleicht sind Übergewinne so etwas wie krisenbedingte Profite. Aber Krise, das ist meistens, aus Sicht der Konzerne eigentlich immer. Der Staat hat jedenfalls kaum Instrumente, die Regierungen in Deutschland machen wenig, um immense Gewinne zu begrenzen, die letztlich eine Umverteilung bedeuten, fast immer vom Bankkonto des

Verbrauchers hin zu dem des Konzerns.

Eine Studie von Greenpeace zeigt auf, dass Ölkonzerne alleine in Deutschland im März, April und Mai 2026 zusätzliche Krisenprofite von 2,4 Milliarden Euro gemacht haben, zusätzlich zu den Milliarden, die sie sowieso schon verdienen. Damit die Spritpreise erträglich bleiben, springt der Staat ein. Der zweimonatige Tankrabatt kostet geschätzt 1,6 Milliarden Euro, Geld, das besser in der sozialen Sicherung angelegt wäre. Die Energiekonzerne indes sind fein raus: Niemand erwartet von ihnen, dass sie freiwillig auf Gewinne verzichten. Ist der Ruf erst einmal ruiniert, lebt es sich völlig ungeniert.

Die Politik kompensiert an der Tankstelle und senkt vorübergehend die Mineralölsteuer. Und selbst da bleiben nur Appelle an die Konzerne, die verringerte Steuer an die Verbraucher weiterzugeben. Zumindest am Anfang hat die Mineralölbranche das wohl

nicht gemacht und Zweifel bleiben, ob sie es vollumfänglich tut. Die Bundesregierung hat das Kartellrecht zwar im Frühjahr verschärft, aber die Ölkonzerne haben trotzdem nichts bis wenig zu befürchten. Die gesenkte Mineralölsteuer muss eben nicht von den Konzernen weitergeben werden, alles bleibt freiwillig. Und ihnen, wenn der Rabatt wie geplant Ende Juni ausläuft, im Anschluss unangemessen hohe Preise nachzuweisen, das hat bislang noch nie geklappt. Selbst wenn es mal zu Strafen kommen sollte, Millionenbeträge zahlen die Unternehmen aus der Portokasse.

Lars Klingbeil, seines Zeichens Finanzminister, hat Anfang Mai angekündigt, sich auf europäischer Ebene für eine Übergewinnsteuer einzusetzen, mehr noch, dafür wolle er »kämpfen«. Inzwischen ist es Mitte Juni und passiert ist nichts, zumindest ist nichts bekannt geworden. Dabei hat es die Steuer schon mal gegeben in der Anfangsphase des

Krieges Russlands gegen die Ukraine. Die EU-Notfallmaßnahmen-Verordnung des Rates der Europäischen Union von Anfang Oktober 2022 sah unter anderem die Einführung einer befristeten, obligatorischen Abgabe für fossile Energieunternehmen vor, bezeichnet als Solidaritätsbeitrag, für die Jahre 2022 und 2023. Deutschland musste da mitmachen, ob es wollte oder nicht. Aktuell gibt es eine solche Verordnung nicht.

Beispiel Spanien: Dort wurde bereits zu Corona-Zeiten 2021 eine Abgabe für bestimmte Stromerzeuger eingeführt und infolge des Ukraine-Krieges eine Übergewinnsteuer für 2022 und 2023. Banken zahlen 4,8 Prozent und die großen Energieunternehmen 1,2 Prozent zusätzlich auf ihre Umsätze. Der Staat plante mit Mehreinnahmen in Höhe von jährlich 3,5 Milliarden Euro. Die Regierung hat das Geld in Bildung und kostenlose Fahrkarten für Nahverkehrszüge und Regionalzüge investiert.

Kürze Arbeitszeit wurde hart erkämpft

12 Stunden und mehr wurde noch im 19. Jahrhundert jeden Tag außer sonntags in den Fabriken geschuftet. Die Arbeiter litten, die Lebenserwartung war gering. Als Reaktion auf die Misere entstanden Gewerkschaften. Eine zentrale Forderung: die Einführung des Acht-Stunden-Tages. Der britische Sozialreformer Robert Owen prägte in den 1830er Jahren den Slogan »Acht Stunden arbeiten, acht Stunden schlafen und acht Stunden Freizeit und Erholung«. In Chicago kam es um den 1. Mai 1886 zu Massenstreiks für eine Arbeitszeitverkürzung, die zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen ArbeiterInnen und Polizei führten, im Zuge derer Dutzende Menschen getötet wurden. In Gedenken wurde von der Zweiten Internationale 1889 der 1. Mai zum »Kampftag der Arbeiterbewegung«.

Auch im Deutschen Reich wurde der Acht-Stunden-Tag gefordert, bis zur flächendeckenden Einführung dauerte es jedoch bis 1918. Im Stinnes-Legien-Abkommen vom 15. November 1918 wurde der Achtstundentag in allen Unternehmen der Schwer- und Rüstungsindustrie eingeführt. Nur kurze Zeit später wurde der Acht-Stunden-Tag per Dekret der neuen Reichsregierung Wirklichkeit für alle gewerblich Beschäftigten, ein Zugeständnis, wohl auch, um einen revolutionären Umbruch zu verhindern. Nachdem sich die gesellschaftlichen Strukturen wieder gefestigt hatten, konnte die Unternehmenseite erreichen, dass die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 neben dem Achtstundentag auch einen Zehnstundentag gestattete.

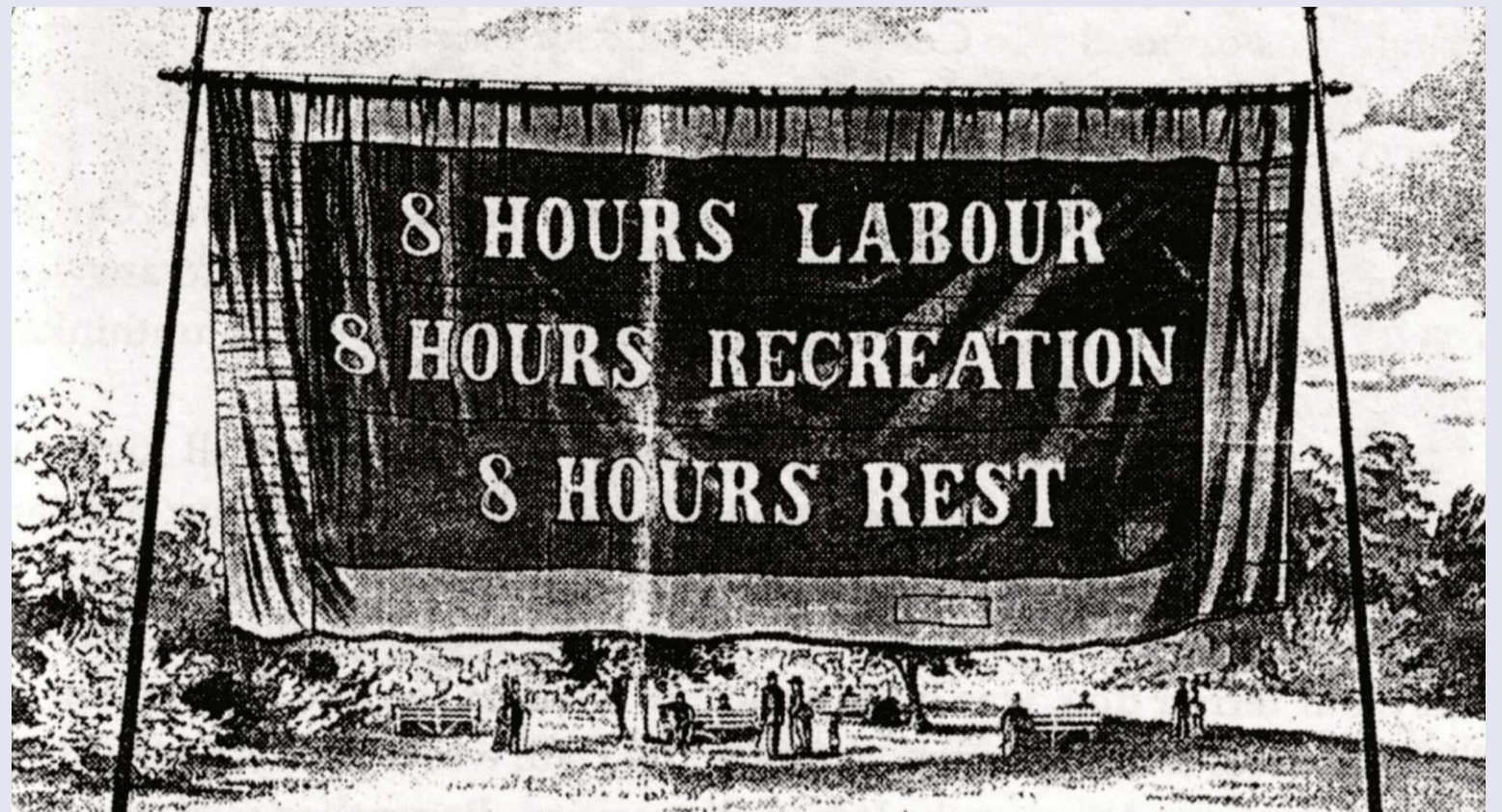
Im Nationalsozialismus erlaubte die Arbeitszeitordnung vom Juli 1934, die Arbeitszeit weit über 8 Stunden hinaus zu erhöhen. Davon machten die Arbeitgeber ausgiebig Gebrauch. Nach dem Krieg ordneten die Alliierten erneut den Acht-Stunden-Tag an, bei einer 48-Stunden-Woche, der Samstag war noch Arbeitstag.

1956 begann der DGB eine Kampagne zur Einführung der Fünf-Tage-Woche mit 40 Stunden – das Motto: »Samstags gehört Vati mir«. Diese setzte sich ab 1965 in der Bundesrepublik Deutschland durch. In der Deutschen Demokratischen Republik galt ab 1967 eine Fünf-Tage-Woche bei einer Wochenarbeitszeit von 43,75 Stunden. Ab 1980 kämpfte die IG Metall in Westdeutschland für eine 35-Stunden-Woche, die ab 1990 in einigen Branchen, vor allem der Metall- und Elektroindustrie durchgesetzt werden konnte.

Im Arbeitszeitgesetz vom 6. Juni 1994, bis heute gültig, ist der Achtstundentag mit Einschränkungen festgeschrieben. In Artikel 3 – Arbeitszeit der Arbeitnehmer heißt es: »Die werktägliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer darf acht Stunden nicht überschreiten. Sie kann auf bis zu zehn Stunden nur verlängert werden, wenn innerhalb von sechs Kalendermonaten oder innerhalb von 24 Wochen im Durchschnitt acht Stunden werktäglich nicht überschritten werden«, was bereits eine Flexibilisierung bedeutet, über die Arbeitgeber verfügen können, – und was sogar hinter den Regelungen von 1918 zurückbleibt.

Acht Stunden sind genug

Acht Stunden arbeiten ist erschöpfend. Beim Angriff auf den Acht-Stunden-Tag geht es darum, dass Arbeitgeber ihre Hoheit über die Arbeitszeit zu Lasten der Beschäftigten ausbauen wollen



Riesiges Banner, erfolgreiche Demonstrationen: 1856 erkämpften Steinmetze und Gebäudearbeiter in Melbourne in Australien den ersten offiziell eingeführten Achtstundentag mit vollem Lohnausgleich.

Endlich soviel arbeiten, wie man mag. Manche wollen das tatsächlich, ohne Rücksicht auf Verluste. Aber die meisten Menschen sind froh, dass die Arbeitszeit geregelt ist. Fremdbestimmt arbeiten ist eben was anderes als selbstbestimmt arbeiten – wobei auch letzteres nicht gesund sein muss. Andere wiederum sagen, die ganze Debatte geht mich nichts an, in bin in meiner Branche durch einen Tarifvertrag geschützt. Das ist richtig. Aber da würde es nicht lange dauern, bis so manche tarifgebundene Arbeitgeber fordern, den Tarifvertrag ebenfalls zu lockern, wenn der gesetzliche Acht-Stunden-Tag als Regelarbeitszeit fällt.

Gerne wird behauptet, es gäbe gesetzlichen Handlungsbedarf, um den Vorgaben der Europäischen Union genüge zu tun. Das stimmt allerdings nicht. Es gibt zwar eine grundlegende Richtlinie der Europäischen Union, die gilt allerdings bereits seit 2003. Die Mitgliedsstaaten dürfen die darin festgehaltene Wochenarbeitszeit von im Durchschnitt 48 Stunden nicht überschreiten, drunter bleiben dürfen sie aber schon. Es ist also keineswegs zwingend, die Gesetzgebung in Deutschland anzupassen.

Wenn das Argument, man müsse handeln, weil die EU es verlange, nur vorgeschoben ist, warum wird dann dennoch darüber debattiert? »Am Ende des Tages geht es darum, dass sich Arbeitgeber durch stärker flexibilisierte Arbeitszeiten, die sie alleine festlegen können,

mehr Profit versprechen«, sagt Daniel Salewski, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Detmold, »wird der Acht-Stunden-Tag abgelöst, geht das zu Lasten der Beschäftigten«.

Die Bundesregierung hat sich jedenfalls eine Änderung in ihren Koalitionsvertrag geschrieben. Ein Koalitionsvertrag ist aber nicht bindend, eher eine Absichtserklärung, die in einzelnen Punkten auch widerrufen oder ignoriert werden kann. Und es bleibt die Frage, warum ohne Not dieser Punkt drin steht.

Es geht gar nicht um mehr Wachstum

Denn mehr Wirtschaftswachstum wird es durch flexiblere Arbeitszeiten nicht geben. Der Mensch ist keine Maschine – die Produktivität nimmt im Laufe des Arbeitstages ab. Superlange Arbeitstage bedeuten gestresste und frustrierte Beschäftigte, mehr Arbeitsunfälle und mehr Krankentage. »Wenn es tatsächlich einen so großen Mangel an Arbeitsstunden gäbe, könnten Arbeitgeber auch einfach Menschen einstellen. Aktuell ist das Gegenteil der Fall: Die Erwerbslosenquote steigt«, sagt Daniel Salewski.

Ausschließlich der Arbeitgeber hätte durch ein verändertes Arbeitszeitgesetz mehr Spielraum, er kann dann bis zu 13 Stunden tägliche Arbeitszeit anordnen. Mitsprache durch die Interessenvertretung oder die Beschäftigten selber würde es nicht geben. Schon heute ist

es so, dass in den Betrieben Druck da ist, Extra-Schichten oder Überstunden zu fahren, wenn die Auftragslage gut ist oder schnell etwas fertig werden muss. Kollegen müssen aber gefragt werden und melden sich, um das eigene Portemonnaie aufzufüllen, aber auch, um das Unternehmen oder die Kollegen nicht hängen zu lassen.

Käme das Gesetz, würden nicht nur Tarifverträge unter Druck geraten, sondern auch Entgelte. Stehen mehr Arbeitsstunden zur Verfügung, schwächt das die Position der Beschäftigten.

DGB: Beschäftigte sollen mehr mitbestimmen können

Der Deutsche Gewerkschaftsbund spricht sich in der aktuellen Debatte dafür aus, dass Beschäftigten verstärkt über ihre Arbeitszeit mitbestimmen können sollten. Gerade für Frauen würden Job, Kinder, Pflege und Haushalt oft zur Zerreißprobe. Am besten gelingt dies noch, wenn sie ihre Arbeitszeit so stark wie möglich planen können. Deshalb dürfe das Weisungsrecht des Arbeitgebers nicht durch eine Abschaffung der täglichen Höchstarbeitszeit erweitert werden.

Auf die politische Agenda gehörten auch kürzere Arbeitszeiten. Denn in vielen Branchen werden auch heute noch 40 Stunden und mehr in der Woche gearbeitet.

Auf Ungerechtigkeiten aufmerksam machen



Am 30. Mai war die IG Metall Detmold unterwegs: Hauptamtliche und Ehrenamtliche bauten Stände in den Innenstädten von Bad Salzuflen, Detmold und Lemgo auf. Dort kamen viele und gute Gespräche zustande über die wachsenden sozialen Ungerechtigkeiten. Besonders an den Ständen war ein Mitmach-Angebot. Die Bürger konnten an Kisten ziehen, die die steigende Belastung durch längere Arbeitszeiten symbolisierten. Das Fazit fiel deutlich aus. »Die Leute stellten ganz schnell fest, dass das so nicht geht – und eine große Sauerei ist«, erklärt Daniel Salewski, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Detmold. Die Gespräche zeigten ein einheitliches Bild, die Menschen sind verärgert und fürchten, dass die angekündigten Reformen in der Gesundheit und Pflege und beim Acht-Stunden-Tag sie schmerzhaft treffen. Die Vorschläge der IG Metall, wie es besser statt schlechter werden kann, stießen an den Ständen auf großes Interesse.



Es bleibt dünn

Wenig Veränderung in der lippischen Kunststoffindustrie: Die Auftragslage bleibt in den meisten Betrieben dünn. Aber die Unternehmen, in denen es schlechter läuft, kommen mit enormen Anstrengungen über die Runden.

Bei **Coko** ist die Auftragslage weiterhin bescheiden, aber auf diesem Niveau stabil. Die Zahl der Beschäftigten hat weiter abgenommen, in den vergangenen drei Monaten von rund 470 auf nun 450, so dass es durchaus zu tun gibt, weil die gleiche Arbeit von weniger Kollegen zu erledigen ist. In der Regel werden Stellen aktuell nicht nachbesetzt. Eine größere Zahl an Beschäftigten wechselt offenbar auch in andere Branchen, weil ihnen die Kunststoffproduktion zu unsicher wird. Betriebsbedingte Kündigungen sind allerdings durch den laufenden Ergänzungstarifvertrag bis 2030 ausgeschlossen. Die Kurzarbeit im Werkzeugbau setzt sich fort.

18 Auszubildende zählt der Betriebsrat bei Coko, für den Spätsommer werden wohl nur drei junge Menschen anfangen: ein Kaufmann, ein ITler und ein Kunststofftechnologe. In der Vergangenheit sind pro Jahr eher sechs bis acht junge Menschen gestartet. »Coko hätte durchaus noch mehr genommen, doch die Nachfrage ist gering, gerade was das Erlernen des Berufs des Kunststofftechnologen angeht«, sagt Martin Brummermann, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender.

Bei **Oskar Lehmann** in Blomberg Donop ist die Auftragslage unverändert schlecht. Der Betriebsrat hat Kurzarbeit ab Ende Juli 2026 zugestimmt, aktuell ist jedoch keine geplant. Aktuell arbeiten bei Oskar Lehmann 178 Kolleginnen und Kollegen, die Zahl nimmt seit Längerem stetig leicht ab. 17 junge Menschen werden ausgebildet. Ab den 1. August 2026 fangen drei neue Auszubildende an. Dazu wird ein Auszubildender seine Ausbildung um ein Jahr verlängern um den Abschluss Fachkraft für Lagerlogistik zu erlangen. Ein Kollege wird eine Ausbildung zum Kunststoff- und Kautschuktechnologe beginnen, er hat vorher schon eine Ausbildung als Maschinen und Anlagenführer bei Oskar Lehmann gemacht, berichtet der Betriebsrat.

Das im Unternehmen im Frühjahr eingeführte ERP-System läuft bis auf ein paar kleinere Probleme gut. Im Wesentlichen ist »Enterprise Resource Planning« (ERP) ein softwaregestütztes System, mit dem Oskar Lehmann Prozesse weiter verschlanken will. Das System bietet da einen Überblick und Vergleichbarkeit der einzelnen Bereiche.

Die Betriebsratswahl fanden bei Oskar Lehmann am 24. März 2026 statt. Die Wahlbeteiligung lag bei guten 79 Prozent. Das Gremium wurde wieder gewählt, allerdings nur noch als Siebener-Gremium, da Oskar Lehmann inzwischen weniger als 200 Beschäftigte hat, darüber wären es neun Betriebsräte gewesen. Der Betriebsrat hat sich bereits konstituiert. Marcel Gerdt wurde

ebenso wiedergewählt wie sein Stellvertreter Harri Hartwich.

Bei **Ninkaplast** in Bad Salzuflen arbeiten aktuell 277 Beschäftigte und damit ungefähr so viele wie vor drei Monaten. Es gab Neueinstellungen: Im gewerblichen Bereich wurde ein Kollege von der in die Insolvenz gegangenen und in unmittelbarer Nachbarschaft gelegenen Firma Decor-Metall übernommen, er arbeitet nun im sogenannten Papplager. Auch zwei junge Menschen, die mitten in ihrer Ausbildung sind, wechselten von Decor-Metall zu Ninkaplast. Der Betriebsrat begrüßt es ausdrücklich, dass den Menschen, die gerade ihren Job verloren haben, eine Perspektive bei Ninkaplast geboten wird. Ebenfalls neu eingestellt wurden zwei Beschäftigte im Vertriebsdienst und im Produktmanagement.

Die Neueinstellungen sind ein deutliches Zeichen, dass Ninkaplast an seine Zukunft glaubt. Denn aktuell läuft es weiter eher schlecht. Kurzarbeit muss zwar nicht gemacht werden, doch die Auftragslage bleibt dünn, berichtet der Betriebsratsvorsitzende Esin Kocaaga.

Hinzu zu den Stammbeschäftigten kommen schwankend zwischen 15 und 20 Leiharbeiter, um krankheitsbedingte Ausfälle und Urlaube auszugleichen. Diese und weitere Informationen teilte der Betriebsrat auf der gut besuchten Betriebsversammlung am 27. April mit.

Mit einer guten Beteiligung sind die Betriebsratswahlen am 19. März gelaufen. Mit großer Zustimmung wurde Esin Kocaaga erneut zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt. Dieses Amt hat er nun seit 2018 inne. Die große Zustimmung gilt auch für seinen Stellvertreter Mario Geppert, seit 2022 in diesem Amt und nun bestätigt. »Die tolle Resonanz freut uns sehr, bestätigt unsere Arbeit und stärkt uns für die kommenden vier Jahre«, freut sich Esin Kocaaga. Der Betriebsrat bei Ninkaplast besteht aus insgesamt neun Kollegen, alle sind Metaller.

Weiterhin erfreulich bleibt die gute Ausbildungssituation bei Ninkaplast. Ab Ende August kommen neue Azubis: ein Mechaniker, ein Kunststofftechnologe, ein Fachinformatiker und ein Industriekaufmann. Insgesamt werden ab Spätsommer 14 junge Menschen in der Ausbildung sein.

Erfreulich groß war die Beteiligung von Kolleginnen und Kollegen am ersten AOK-Lauf in Bad Salzuflen: 47 begaben sich auf die 5,5 Kilometer lange Strecke im Kurpark in Bad Salzuflen. Die Resonanz war mit insgesamt 4.000 Teilnehmern groß. Anschließend lud die Geschäftsführung alle, die von Ninkaplast mitgemacht hatten, in eine Pizzeria ein. Die meisten haben diese Gele-

genheit wahrgenommen, sich nach dem Lauf zu stärken.

Bei **Kingspan Light + Air GmbH** in Bad Salzuflen berichtet der Betriebsrat von einer guten Auftragslage. In den Wintermonaten war die Auftragslage bescheiden, im Mai und Juni sind jedoch wieder einige, auch größere Aufträge eingetroffen, so dass es reichlich zu tun gibt. Die Teile der Produktion, in denen die Arbeitszeit auf 29 Stunden runtergefahren wurde, arbeiten wieder mehr. Kurzarbeit gibt es keine. Der Arbeitgeber möchte eine Betriebsvereinbarung dazu, abgeschlossen ist aber noch keine. Aktuell sind Leiharbeiter im Betrieb, um Rückstände aufzuholen.

Der Arbeitgeber hat in den vergangenen Monaten mit einem Freiwilligenprogramm versucht, Beschäftigung abzubauen. Einige sind darauf eingegangen und haben Aufhebungsverträge unterschrieben, so dass die Zahl Beschäftigten sich verringert hat, genaue Zahlen liegen nicht vor. Auszubildende sollen auch für 2027 nicht eingestellt werden.

Die Umstrukturierungen im Unternehmen sowohl im gewerblichen als auch im Angestelltenbereich, halen am. Die Geschäftsführung hat auf der Betriebsversammlung im Juni dargestellt, dass man im gewerblichen Bereich die von ihnen als »Steinkühlerpause« bezeichnete zusätzliche Erholzeit nicht mehr haben möchte und sie diese über ein Einmalzahlung den Beschäftigten abkaufen wollen. Weiter will der Arbeitgeber den tariflich vereinbarten Null-Durchlauf für die Zeitkonten im gewerblichen Bereich, also der Stichtag, auf dem die Konten auf Null gesetzt werden, vom 31. Juli auf den 31. Dezember verschieben. Aktuell gibt es in dem gewerblichen Bereichen Minusstunden, die dann am 31. Juni 2026 zu lasten des Arbeitgebers gestrichen werden müssten. Das will der Arbeitgeber verhindern.

Deutliche Veränderungen gibt es im Betriebsrat. Nach den Wahlen hat er sich neu konstituiert. Er besteht wie zuvor aus neun Mitgliedern, die gesetzlich vorgegebene Größe bei Betrieben mit 200 bis 400 Beschäftigten. Zum Betriebsratsvorsitzenden hat das Gremium René Charles David gewählt, er erhielt eine knappe Mehrheit. Zum stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden ist, wie in den vier Jahren zuvor auch Carsten Henning gewählt worden. Halil Annac ist als einfaches Mitglied weiterhin Teil des Betriebsrats. Eine Freistellung gibt es aktuell keine. »Wir müssen nun schauen, wie wir unter den veränderten Bedingungen die Interessen der Beschäftigten gut vertreten können«, sagt Carsten Henning.

► recht praktisch

Freigestellt bedeutet keinen Zwang zu neuem Job

Kündigt ein Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis und stellt den Beschäftigten bis zum Kündigungsdatum frei, kann er diesen nicht dazu verdonnern, sich einen neuen Job zu suchen. Im vor Gericht gelandeten Fall hatte der Arbeitgeber die Entgeltfortzahlung eingestellt mit der Begründung, der Beschäftigte sei verpflichtet, einen neuen Job anzunehmen. Konkret wurde die Kündigung Ende März ausgesprochen und zwar zu Ende Juni, unter Einbringung seines Resturlaubs wurde der Beschäftigte für diesen Zeitraum von jeglichen Arbeitsleistungen freigestellt.

Der Arbeitgeber recherchierte und schickte seinem gekündigten Mitarbeiter Stellenangebote zu und vertrat vor Gericht die Auffassung, dieser müsse sich darauf bewerben, weil diese in Betracht kommen würden. Weil er Bewerbungen unterlassen habe, müsse er sich für den Juni fiktiven anderweitigen Verdienst in Höhe des bei der Beklagten bezogenen Gehalts anrechnen lassen. Kurz gesagt: Der Arbeitgeber zahlte für Juni nichts mehr.

Darauf hin erhob der Mitarbeiter eine Kündigungsschutzklage. Die ging durch die Instanzen und landete beim Bundesarbeitsgericht. Nach Zugang der Kündigung meldete sich der Kläger Anfang April 2023 arbeitssuchend und erhielt von der Agentur für Arbeit für Anfang Juli Vermittlungsvorschläge. Das Bundesarbeitsgericht urteilte, dass der beklagte Arbeitgeber sich aufgrund der einseitig erklärten Freistellung des Klägers, also des Beschäftigten, während der Kündigungsfrist im Annahmeverzug befand und dem Kläger die vereinbarte Vergütung für die gesamte Dauer der Kündigungsfrist hätte zahlen müssen. Er musste also für den Juni nachzahlen. Nicht erzielten anderweitigen Verdienst muss sich der Kläger nicht anrechnen lassen.

Der Arbeitgeber konnte nicht darlegen, dass die Erfüllung des aus dem Arbeitsverhältnis resultierenden, auch während der Kündigungsfrist bestehenden Beschäftigungsanspruchs des Klägers unzumutbar gewesen wäre. Ausgehend hiervon bestand für den Beschäftigten keine Verpflichtung, schon vor Ablauf der Kündigungsfrist zur finanziellen Entlastung der Beklagten ein anderweitiges Beschäftigungsverhältnis einzugehen und daraus Verdienst zu erzielen.

(BAG, Urteil v. 12.2.2025 - 5 AZR 127/24)

Standaktionen in Detmold, Bad Salzuflen und Lemgo



Ausbildung in Lippe Mangelware

► kurz berichtet

Bundesweit wird weniger ausgebildet. Lippe liegt sogar am Ende der Statistik. Die IG Metall Detmold fordert die Betriebe auf, mehr zu tun.

Große Lücke bei Erwerbsbevölkerung



Die Ausbildungslage bleibt schwierig: Die Flaute in der Industrie bringt Unternehmen dazu, weniger in die Ausbildung zu investieren. Die Zahl der Ausbildungsplätze wird zusammengestrichen. Zugleich suchen junge Menschen weiterhin einen Platz ab Spätsommer 2026. Die wenigsten werden noch einen finden oder annehmen. Für das Ausbildungsjahr mit 2026 ist der Hobel gefallen. Die Unternehmen bemängeln ihrerseits, dass Bewerber zu wenig Qualifikationen mitbringen, haben aber in den vergangenen Jahren die Latte selbst höher gelegt, was Eingangsqualifikationen angeht. Von der Bundesagentur für Arbeit gibt es

Zahlen für den Kreis Lippe. Seit Beginn des Berufsberatungsjahres im Oktober 2025 meldeten sich 2.142 Bewerber für Berufsausbildungsstellen, nahezu die gleiche Anzahl wie 2024. Zugleich gab es 1.752 Meldungen für Ausbildungsstellen, das entspricht einem Minus von drei Prozent oder 56 Personen. Für Ende Mai 2026 weist die Agenturstatistik aus, dass 767 Bewerber noch unversorgt und 887 Ausbildungsstellen noch unbesetzt waren.

Der Berufsbildungsbericht der Bundesregierung sagt, dass rund 40.000 junge Menschen bundesweit leer ausgegangen sind, was einen Ausbildungsplatz betrifft. Fast

200.000 junge Menschen verschiedener Jahrgänge suchen einen passenden Ausbildungsplatz. Der Kreis Lippe ist also keine Ausnahme, wobei es durchaus regionale Unterschiede gibt.

Bereits 2025 war die Lage im Kreis Lippe schlecht: Noch nie in den vergangenen 40 Jahren wurden in Lippe so wenige neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Lediglich 1.851 neue Verträge kamen zustande – 300 weniger als im Vorjahr, ein Rückgang um ein Sechstel. 96 Prozent dieses Minus entfallen auf Industrie und Handel. Mit rund 86 Ausbildungsstellen pro 100 Bewerber lag Lippe deutlich unter dem Bundesdurchschnitt und nahezu am Ende der bundesweiten Statistik.

»Für 2026 gibt es noch keine offiziellen Zahlen. Aber vieles deutet darauf hin, dass sich die Zahlen ungefähr auf dem Niveau von 2025 bewegen. Damit bleibt die Lage schlecht und alarmierend«, sagt Florian Töws, Politischer Sekretär der IG Metall Detmold mit Schwerpunkt Jugend. Zwar würden viele Betriebe über Fachkräftemangel klagen, zugleich aber immer weniger junge Menschen ausbilden, kritisiert Florian Töws weiter. »Wer heute nicht ausgebildet, verschärft die Probleme von morgen.«

Besonders problematisch sei die Situation für junge Menschen selbst. »Ausbildungsplätze in Wohnortnähe werden seltener, Perspektiven unsicherer. Das erhöht den Druck auf Schulabgänger und treibt junge Menschen aus der Region weg«, ergänzt Florian Töws.

Weniger junge Menschen in Ausbildung bedeutet auch eine höhere Erwerbslosigkeit. 1.229 Menschen unter 25 Jahren sind nach Angaben der Agentur für Arbeit im Mai 2026 im Kreis Lippe ohne Arbeit, zumindest was die Meldungen bei der Agentur für Arbeit angeht. Mit dem selben Monat des Vorjahres verglichen sind das 94 junge Menschen, eine deutliche Steigerung von 8,3 Prozent.

Die IG Metall Detmold fordert ein Umdenken bei den Arbeitgebern: »Lippe braucht dringend mehr Ausbildungsplätze. Die Verantwortung für die Fachkräfte von morgen darf nicht weiter auf andere abgeschoben werden«, sagt Florian Töws.

Die Initiative, die Einwohnerzahl in der Schweiz auf 10 Millionen zu begrenzen, ist Mitte Juni bei einem Volksentscheid gescheitert. Praktisch hätte die Initiative bedeutet, den Zuzug massiv zu begrenzen, auch etwa aus Deutschland, immerhin das Land, aus dem die zweitmeisten Zuwanderer in die Schweiz kommen.

In Deutschland hingegen liegt die Bundesregierung weiterhin stramm auf einem Kurs, Geflüchtete abzuwehren – und falls sie es doch schaffen, deutschen Boden zu erreichen, sie möglichst schnell wieder loszuwerden. Die Folgen für die Betroffenen sind meistens brutal und unmenschlich, sie werden aber auch in der Gesellschaft sichtbar. Vielfach beschrieben, werden sie allerdings immer wieder ausgeblendet.

Nun hat das Institut der deutschen Wirtschaft (IW), keineswegs links sondern arbeitgebernah, vorgerechnet, wie stark der Renteneintritt der Babyboomer-Generation, der sich in den kommenden zehn Jahren vollziehen wird, auswirkt. Vier Millionen Arbeitskräfte würden dann fehlen, weil viel zu wenige nachkommen. Vor einem Jahr waren Institute noch von einer Lücke von drei Millionen ausgegangen. Die Bevölkerung werde schnell schrumpfen, sagt das IW voraus. Ein wesentlicher Grund: Die Migrationspolitik der Bundesregierung, die immer weniger Migranten bedeutet. Bislang habe Zuwanderung die Entwicklung ausgeglichen, schreibt das Institut. Damit ist es nun vorbei. Die aktuelle Legislaturperiode sei die letzte Chance, Maßnahmen einzuleiten, um die Folgen der Babyboomer-Verrentung abzumildern, sagt das Institut.

Metall & Elektro: Tarifrunde startet mit Befragung

Im Herbst startet die heiße Phase der Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie bundesweit und damit auch in NRW. Aktuell befragt die IG Metall die Beschäftigten, was ihnen wichtig ist, wie es im Betrieb läuft und welche Forderungen erhoben werden sollen. Am 22. September werden die Tarifkommissionen die Forderung beschließen, im Oktober starten die Verhandlungen, Warnstreiks sind ab dem 1. November möglich.

Dajanas Schafkäsekuchen

Ideal als Vorspeise oder Beilage zum Grillen. Passt zu jeder Jahreszeit, aber besonders zum Sommer und möglicherweise auch zur Fußball-Weltmeisterschaft der Männer. Geht ganz einfach, auch im Fußball-Fieber: zwei Dosen Hirtenkäse, zum Beispiel von Gazi mit 45 Prozent Fett. In Tortenstücke schneiden und auf einen kleinen Teller, Holzbrett legen und beliebig garnieren mit allem, was zu Schafkäse passt, das können Tomaten sein, Oliven und weiteres, was die mediterrane Küche hergibt.



Impressum

»Nachdruck«
Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie

Redaktion: Halil Annac, Nikolaus Böttcher, Martin Brummermann, Marcel Gerdt, Esin Kocaaga, Dajana Nüsse-Klamann

Fotos: S1. und S2.oben public domain S2.uS3. unten, S4. IG Metall

Redaktionsleitung, Layout und Satz: Manfred Horn

Verantwortlich i.S.d.P.: Daniel Salewski, IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, fon 05231. 99 190, eMail detmold@igmetall.de

Wir freuen uns über LeserInnenbriefe und Rückmeldungen. Vielleicht wissen Sie, weißt Du, von einem Thema, über das wir berichten sollten. Schreibe eine eMail mit dem Betreff »nachdruck« an: detmold@igmetall.de oder einen Brief an unsere Redaktionsadresse: IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32 756 Detmold

IG Metall – Eine starke Gemeinschaft. Jetzt Mitglied werden!

Die Beitrittserklärung können Sie bei Ihrem Betriebsrat, bei den Vertrauensleuten der IG Metall und in der Geschäftsstelle der IG Metall in Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, abgeben.

Name	Vorname	Geburtsdatum	Geschlecht	Mobitel. <input type="checkbox"/> dienstlich <input type="checkbox"/> privat	Telefon <input type="checkbox"/> dienstlich <input type="checkbox"/> privat
<input type="text"/>	<input type="text"/>	TT MM JJJJ	<input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> divers <input type="checkbox"/> keine Angabe	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße	Hausnr.	Land	PLZ	Wohnort	E-Mail <input type="checkbox"/> dienstlich <input type="checkbox"/> privat
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Ich bin <input type="checkbox"/> Vollzeit beschäftigt <input type="checkbox"/> Teilzeit beschäftigt <input type="checkbox"/> in Altersteilzeit Arbeitsphase <input type="checkbox"/> in Altersteilzeit Freistellungsphase <input type="checkbox"/> solo-selbstständig	Betrieb/Einsatzbetrieb	PLZ	Ort	Kostenstelle	Personal-/Stamnummer
<input type="checkbox"/> Leihbeschäftigte*r <input type="checkbox"/> mit Werkvertrag <input type="checkbox"/> befristet	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Ich bin derzeit <input type="checkbox"/> Auszubildende*r <input type="checkbox"/> dual Studierende*r <input type="checkbox"/> Student*in <input type="checkbox"/> Schüler*in <input type="checkbox"/> Ferienbeschäftigte*r	IBAN	Durchschnittliches Bruttomonatseinkommen, davon 1% = Mitgliedsbeitrag			
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>			
<small>Beitritt: Hiermit trete ich der IG Metall bei und erkenne die Satzung dieser Gewerkschaft an. Ich bestätige die Richtigkeit der Angaben zu meiner Person und nehme den Datenschutzhinweis der IG Metall zur Kenntnis.</small>	<small>Datenschutz: Mitgliedsdaten werden nur im Sinne der Satzung verwendet. Meine personenbezogenen Daten werden von der IG Metall und ihren gewerkschaftlichen Vertrauensleuten unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes für die Begründung und Verwaltung meiner Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Weitere Hinweise zum Datenschutz finde ich unter www.igmetall.de/datenschutz.</small>	<small>SEPA-Lastschriftmandat (wiederkehrende Lastschriften): Gläubiger-Identifikationsnummer der IG Metall: DE71 2220 0000 0535 93, Mandatsreferenz: Mitgliedsnummer01. Ich ermächtige die IG Metall, den satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrag einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der IG Metall auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.</small>			

X Ort/Datum/Unterschrift